

RAIMUND FELD

Frankreich, Frankreich: Die rosa-rot-grüne Regierung der »pluralen Linken« drei Jahre nach dem Regierungsantritt



Raimund Feld – Jg. 1954; studierte Französisch und Sozialkunde in Frankfurt/M. und Straßburg, arbeitet nach Referendariat und diversen Jobs derzeit in Brüssel als Übersetzer. Der Autor bedankt sich bei B. Becker, J. M. Becker, E. Gauthier, B. Hofmann und der Redaktion von »UTOPIE kreativ« für Hinweise zu seinem Text. Foto: privat.

1 Insofern ist es meines Erachtens durchaus gerechtfertigt, von einem »Eigentor« zu sprechen – auch wenn im nachhinein geltend gemacht werden kann, daß (wieder einmal) von einer linken Regierung eine Modernisierung des französischen Kapitalismus durchgeführt wurde, zu der die Rechte nicht fähig war.

2 Dies führte nicht nur zu einer Aufsplitterung der Rechtsstimmen, sondern

Die Parlamentswahlen 1997: Ein Eigentor des Staatspräsidenten
Als der französische Staatspräsident Jacques Chirac am 21. April 1997 von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machte, die Nationalversammlung – die erste und wichtigere Kammer des französischen Parlaments – aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, deutete vieles darauf hin, daß damit die absolute Mehrheit der Rechtsparteien RPR (*Rassemblement pour la République*) und UDF (*Union pour la Démocratie Française*) bis zum Jahr 2002 festgeschrieben würde (vgl. Lasserre 1997: 72)¹. Aber es sollte ganz anders kommen: Nach dem ersten Wahlgang, in dem in den einzelnen Wahlkreisen eine absolute Mehrheit erforderlich ist, war bereits abzusehen, daß es keinen Durchmarsch der klassischen Rechten geben würde. Der zweite brachte dann Gewißheit: Nicht zuletzt aufgrund der Kandidaten und Kandidatinnen der Rechtsaußenpartei *Front National* (FN), die in 134 Wahlkreisen auch im zweiten Wahlgang antreten konnten und sich diesmal nicht zugunsten der »klassischen« Rechten zurückzogen², errangen die Vertreterinnen und Vertreter der »pluralen« Linken – im wesentlichen bestehend aus Sozialdemokraten (PS: *Parti Socialiste* und Verbündete; 241 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 25,5 Prozent), Kommunisten (PCF: *Parti Communiste Français*, 37 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 9,9 Prozent) und Grünen (*Les Verts*, 8 Abgeordnete, 1. Wahlgang: 3,6 Prozent) – die Mehrheit in 319 Wahlkreisen und damit in der Nationalversammlung.³ Regierungschef wurde der PS-Politiker *Lionel Jospin*. Er bildete eine Regierung, der Vertreter aller Strömungen der »pluralen« Linken angehörten. Ansonsten zeichnete sie sich dadurch aus, daß der Frauenanteil für französische Verhältnisse außerordentlich hoch war (5 der 14 Ministerposten – ohne Premier – wurden mit Frauen besetzt). Zwar wurde die Regierung inzwischen einige Male umgebildet, überstand die ersten drei Jahre ihrer Amtszeit jedoch ohne auch nur annäherungsweise bestandsgefährdende Krisen. Dies gilt auch für das Verhältnis der vertretenen Gruppierungen zueinander: Die sporadischen Divergenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten (FKP) hatten keine Auswirkungen auf die Regierungsarbeit, und auch die Grünen fügten sich – wenn auch nach der für sie recht erfolgreichen Europawahl des Jahres 1999 etwas grollend – in die Rolle des Juniorpartners, dem die Spielregeln bis ins einzelne vom Regisseur *Jospin* vorgeschrieben werden. Im folgenden werden – neben einem Überblick über die wichtigsten Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung – kurz die wichtigsten Maßnahmen und

Beschlüsse der Linksregierung vorgestellt und die Entwicklung der an ihr beteiligten Parteien skizziert.

Die Ausgangslage: Das neue Frankreich

Wie nun war dieser für viele überraschende Wahlausgang zu erklären? Den wichtigsten Faktor – neben der bereits erwähnten Tatsache, daß die extreme Rechte ihre Kandidatinnen und Kandidaten nicht zurückzog – bildet wohl die Ernüchterung über die seit dem Amtsantritt von Präsident *Chirac* im Jahr 1995 geführte Politik.⁴ Ihm war es im Wahlkampf gelungen, sich als Wortführer eines sozialen Gaullismus zu präsentieren, der insbesondere die »neue soziale Frage« thematisierte. Damit hatte er auch Erfolg bei Wählergruppen erzielt, die traditionell eher den Linksparteien zuneigten (vgl. Christadler/Uterwedde 1999: 631; Mossuz-Lavau 1998: 170, 231). Nur einige Monate nach seiner Wahl – im Oktober 1995 – kam das Dementi. Es wurde deutlich, daß die Regierung unter RPR-Premierminister *Alain Juppé* einen rigiden Sparkurs zu fahren beabsichtigte. Das anschließend von ihr vorgelegte Maßnahmenpaket unter anderem zur Sanierung der Sozialversicherung löste dann eine Welle sozialer Konflikte aus, wie sie Frankreich seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Vor allem die Streiks im öffentlichen Sektor erregten auch international Aufsehen.

Als Besonderheit war zu vermerken, daß die Bevölkerung dem Arbeitskampf der in den Medien häufig als »Privilegierte« bezeichneten Angestellten und Beamten des staatlichen Sektors trotz der weitreichenden Auswirkungen auf das Alltagsleben im großen und ganzen positiv gegenüberstand. Dieses nicht auf den Dezember 1995 beschränkte Phänomen wird häufig als eine Art »Stellvertreterstreik« (*grève par procuration*) gedeutet: Eine Gruppe der Bevölkerung bringt stellvertretend die an sich verbreitete Unzufriedenheit zum Ausdruck und findet daher Verständnis und Unterstützung auch bei denen, die zunächst die negativen Folgen zu tragen haben.

Das Wiederaufleben sozialer Bewegungen, zu dem es in der Folgezeit auch im Zusammenhang mit anderen Fragen wie Asylrecht, Arbeitslosigkeit usw. kommen sollte, erfolgte in einem Land, das seit dem Amtsantritt von *François Mitterrand* als erstem sozialdemokratischen Präsidenten der V. Republik einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen hat. Frankreich hat sich »modernisiert« und »globalisiert«, und zwar sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf gesellschaftlichem Gebiet.

Im Bereich der Wirtschaft läßt sich Globalisierung sowohl als stärkere Internationalisierung des französischen Kapitalismus als auch im Sinne einer Modernisierung konstatieren. Zum einen haben fast alle großen Unternehmen versucht, sich Standbeine außerhalb von Frankreich zu schaffen, zum anderen haben ausländische Anleger massiv in französische Aktien investiert (vgl. Desportes/Mauduit 1999: 36ff.). Damit wurde der in den achtziger Jahren unternommene Versuch, den Aktienbesitz durch die Bildung sogenannter harter Kerne von einheimischen Großaktionären im Lande zu halten, zunichte gemacht. Infolgedessen erhöhte sich deutlich der Zwang zur Ausrichtung an den (kurzfristigen) Rentabilitätserwartungen insbesondere angloamerikanischer Fonds.

trug vermutlich auch zu einer umfassenderen Mobilisierung »skeptischer« Linker bei (vgl. Mossuz-Lavau 1998: 39ff., 113f.).

3 Wegen der nicht immer eindeutigen Zuordnung einzelner Kandidaten und selbst Listen können die genannten Ergebnisse leicht von anderen Darstellungen abweichen. Vor der Sitzungsperiode 2000/2001 zählten die Fraktionen des Regierungslagers 254 (Sozialdemokraten), 35 (Kommunisten) bzw. 29 (RCV: *Radical, citoyen, vert*; Grüne und kleinere Linkskräfte) von insgesamt 575 Abgeordneten (AFP, 30. September 2000).

4 Die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger sank 1996 um 1,3 Prozent (vgl. *Le Monde* vom 19. Dezember 1997).

5 Der Anteil der unbefristeten Arbeitsverträge ist von 1975 bis zum Ende der neunziger Jahre von 80 Prozent auf 65 Prozent zurückgegangen; bei 70 Prozent der Jugendlichen erfolgt der Eintritt ins Erwerbsleben über einen Zeitvertrag (vgl. Tournier 1999: 125).

6 Die Zahl der »Arbeitnehmer« in diesem Bereich nahm auch in der jüngsten Vergangenheit stark zu: von 330 000 im Jahr 1997 auf 413 000 im Folgejahr und 447 000 im Jahr 1999 (vgl. Uterwedde 2000: 110).

7 Errechnet anhand der Angaben zum Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen und Wechselkursen) auf der Website der OECD (www.oecd.org/std/gdp.htm). Für das Jahr 2000 wird derzeit ein Wachstum von knapp 3 Prozent prognostiziert (vgl. *Alternatives Economiques* 165, Oktober 2000: 10).

8 Darüber hinaus wäre noch auf die Listen der Jagd- und Angelfreunde zu verweisen, die bei einigen Wahlen regional beachtliche Erfolge erzielten.

Gleichzeitig wurden die verbleibenden Produktionsstätten wie auch die Dienstleistungsbetriebe »modernisiert«. Diese Modernisierung kam zum einen in der Abwendung von der autoritär geprägten Unternehmenskultur hin zu »partizipativen« Managementtechniken – in der Regel an den Gewerkschaften vorbei – zum Ausdruck (vgl. Daley 1999: 183ff.). Darüber hinaus fanden unterschiedliche Varianten der Beteiligung am Gewinn des Unternehmens sowie die Individualisierung von Arbeitsverträgen große Verbreitung. Einen anderen Weg, der gerade bei Beibehaltung (oder sogar Einführung) repetitiver Arbeitsformen gern beschritten wurde, stellte die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse dar. Hier ist vor allem eine starke Zunahme befristeter Verträge feststellbar.⁵ Ergänzt wird dieses Bild durch die Tatsache, daß Zeitarbeitsfirmen mittlerweile zu den Unternehmen mit den meisten Beschäftigten zählen ...⁶

Die Wirtschaft ist nach Jahren der Stagnation seit 1997 in eine Wachstumsphase eingetreten. Begünstigt durch fallende Zinsen wurde 1997 ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent (gegenüber 1,1 Prozent im Vorjahr) erzielt. Ein Jahr später waren es dann 3,1 Prozent, im Jahr 1999 immerhin 2,9 Prozent⁷. Parallel hierzu nahm die Arbeitslosigkeit kontinuierlich ab – fürwahr keine schlechte Ausgangsbasis für eine Regierung ...

Die politische Entwicklung seit dem Wahlsieg der Linken

Auf der Ebene des politischen Systems waren die wichtigsten Veränderungen der jüngeren Vergangenheit der sich seit Mitte der achtziger Jahre vollziehende Vormarsch der extremen Rechten sowie die »Krise der politischen Repräsentation« (Schild 1999b: 339), die sich darin äußerte, daß die Zahl der Wähler, die einer der traditionell größten und bei den Wahlen zwei Blöcke bildenden Parteien (PCF, PS, UDF und RPR) ihre Stimme gaben, seit Ende der achtziger Jahre deutlich zurückgegangen ist.⁸ Die unerwartete Niederlage der »klassischen« Rechten bei den Wahlen zur Nationalversammlung hat eine tiefgreifende Krise der Rechtsparteien eingeleitet. Sie wurde dadurch verschärft, daß bei den Regionalwahlen im März 1998 nicht nur die erhofften Verluste der Linken ausblieben, sondern auch tiefliegende Divergenzen in der »klassischen« Rechten offenkundig wurden, als sich einige ihrer Repräsentanten allem Druck zum Trotz, der bis hinauf von Präsident *Chirac* auf sie ausgeübt wurde, mit den Stimmen der »Nationalen Front« zu Präsidenten der Regionen wählen ließen.

Diese – inzwischen nicht zuletzt aufgrund von Protestaktionen, an denen sich außer der »politischen« Linken auch viele Künstler, Intellektuelle und parteipolitisch ungebundene Personen beteiligten, weitgehend korrigierte – »Verirrung« einiger Politiker war symptomatisch dafür, daß in der französischen Rechten alte Gewißheiten nicht mehr viel zählen und in ihren politischen Organisationen starke zentrifugale Kräfte wirken (vgl. Schild 1999b: 338). Die Gaullisten erlebten über die Frage der Europapolitik beziehungsweise darüber, wie weit eine Übertragung von Souveränitätsrechten gehen dürfe, eine Rechtsabsplattung. Das Mitte-Rechts-Bündnis UDF machte ebenfalls eine Spaltung durch; sein Fortbestehen ist zweifelhafter denn je.

Aber auch der FN wurde nach einem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch, der etwa fünfzehn Jahre dauerte, von einer Krise heimgesucht, die ihn voraussichtlich für längere Zeit zu einer Statistenrolle in der französischen Politik verurteilen wird. Noch stärker als in der »klassischen« Rechten ging es hier um eine Auseinandersetzung, die an zwei Personen festgemacht werden konnte: *Jean-Marie Le Pen* als historische Figur des FN auf der einen und sein scheinbar designierter Nachfolger *Bruno Mégret* auf der anderen Seite. Schon seit einiger Zeit war deutlich, daß *Mégret* einen an italienischen Verhältnissen angelehnten politischen Kurs bevorzugte, der die Partei zu einer »modernen« politischen Kraft machen sollte, die zu Koalitionen mit der »klassischen« Rechten fähig war. *Le Pen* hingegen blieb ein Populist, dem politische Respektabilität wenig bedeutete, wenn dafür Abstriche gemacht werden mußten – und sei es nur in Form einer rhetorischen Mäßigung.

Schließlich ist auch der Unternehmerverband – keine politische Partei, aber doch eine relevante politische Kraft, die nicht gerade der Linken zuzuordnen ist – in eine Phase der Neuorientierung eingetreten, wie nicht zuletzt seine Umbenennung deutlich macht. Er firmiert jetzt als MEDEF (*Mouvement des entreprises de France*), und diese dynamischere Bezeichnung – »Bewegung« statt »Dachverband« – soll wohl Aufbruchsstimmung signalisieren. Dies äußert sich vor allem in einer Offensive zur Neudefinition von sozialer Sicherheit – möglichst am Staat vorbei (vgl. Bensaïd 1998: 88f.). Hierfür müssen dann die Gewerkschaften gewonnen werden, was in Anbetracht von deren Schwäche und Zersplitterung gewisse Erfolge, aber keinen Sieg auf der ganzen Linie verspricht. Im Mittelpunkt der Diskussion steht derzeit die Reform der Arbeitslosenversicherung, bei der insbesondere die Einführung von Zwangsmaßnahmen (Verlust von Unterstützung) zwischen MEDEF, CFDT (*Confédération Française Démocratique du Travail*) und CFTC (*Confédération Française des Travailleurs Chrétiens*) auf der einen und CGT (*Confédération Générale du Travail*), FO (*Force Ouvrière*) und CGC (*Confédération Générale des Cadres*) auf der anderen Seite strittig ist. Die Regierung hat bislang den Gegnern den Rücken gestärkt und dem Text von MEDEF/CFDT/CGC die erforderliche Anerkennung verweigert.⁹

Die Politik der Regierungskoalition

Im folgenden werden – nach Politikbereichen getrennt – die wichtigsten Maßnahmen vorgestellt, die von der Regierung bisher verabschiedet wurden. Die dabei unvermeidliche Auswahl soll einen kritischen, aber einigermaßen repräsentativen Überblick über die Zwischenbilanz ermöglichen.¹⁰ Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen, die ähnlich auch außerhalb Frankreichs intensiv diskutiert werden. Dieses Kriterium erklärt die Auslassung beispielsweise der Korsika-Frage, die immerhin zum Rücktritt des Innenministers führte.

Im Bereich der *Wirtschaftspolitik* wurde insbesondere versucht, die angestrebte Haushaltskonsolidierung mit einer vorsichtigen Umverteilungspolitik zu kombinieren. Dank der günstigen Wirtschaftsentwicklung können sich die Ergebnisse aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht sehen lassen. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Arbeitslosigkeit, der

9 Die grundsätzliche Notwendigkeit einer Reform steht außer Zweifel: Derzeit erhalten nur 41 Prozent der Arbeitslosen Versicherungsleistungen (vgl. Beilage zu *Alternatives Economiques*, Juni 2000: 5).

10 Es werden jene Maßnahmen berücksichtigt, in denen nach einer unlängst durchgeführten Umfrage (IFOP 2000) die Politik der Jospin-Regierung am deutlichsten zum Ausdruck kommt.

Inflationswerte und der Leistungsbilanzsalden für den Zeitraum von 1997 bis 2000 (Schätzungen) macht deutlich, daß Frankreich Deutschland mittlerweile in allen Bereichen überholt hat beziehungsweise im Begriff ist, dies zu tun (vgl. Uterwedde 2000: 99). Gleichzeitig wurden durch die steuerliche Entlastung von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen einige soziale Korrekturen vorgenommen; unter anderem wurde die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt abgesenkt (vgl. Uterwedde 2000: 100f.). Aber auch die Unternehmen haben wenig Grund zur Klage: Die Erhöhung der Ertragssteuern im Jahr 1997 war von vornherein befristet und ist mittlerweile aufgehoben, und jüngere Maßnahmen bringen auch ihnen eine beträchtliche Entlastung (vgl. Uterwedde 2000: 102).

Mit einem Kalauer ließe sich sagen: *Privatisierungen* gibt es nicht (mehr). Sie wurden durch »Kapitalöffnungen« ersetzt. Die Realität ist weniger euphemistisch – und weniger einheitlich.

Angetreten war die Linksregierung mit einem Ansatz, der die Beibehaltung der unter *Mitterrand* gültigen Maxime des »Ni-ni« beinhaltete: weder (weitere) Nationalisierungen noch Privatisierungen. Schon bald wurde diese Haltung jedoch aufgeweicht. Besonders interessant ist die Entwicklung im Bereich Infrastruktur und Verkehr, für den ein kommunistischer Minister zuständig ist. Mit der Fluggesellschaft Air France fiel ein »traditionelles« Staatsunternehmen direkt in sein Ressort; ein anderes – die französische Telekom – berührte es. Was die Telekom angeht, so dauerte es kein halbes Jahr, bis die Privatisierung eingeleitet wurde: Am 5. September 1997 kündigte *Lionel Jospin* den Börsengang (bei dem ein Drittel der Anteile veräußert werden sollte) an, sechs Worten später wurde er durchgeführt. Bei Air France dauerte es etwas länger. Im Februar 1998 beschloß die Regierung, den Anteil des Staates schrittweise auf 53 Prozent zu verringern. Ernsthafte Spannungen zwischen den Koalitionspartnern aufgrund dieses Beschlusses blieben aus. Auch Minister *Jean-Claude Gayssot* (FKP), der bei Amtsantritt erklärt hatte, er werde »nicht der Minister der Privatisierung und der Deregulierung« (*L'Humanité* vom 10. Juni 1997) sein, verhält sich diskret.

Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund der verbreiteten Überzeugung zu sehen, daß kein Weg daran vorbei führt, »den Unternehmen die erforderliche Kapitalausstattung für ihre weitere Entwicklung und Beweglichkeit für ihre internationalen Strategien zu geben« (vgl. Uterwedde 1999: 213). Ergebnis: »Von den vier Privatisierungswellen der vergangenen dreizehn Jahre war die letzte die umfassendste« (Haby 1999: 151). Im Bankensektor ist die Privatisierung praktisch abgeschlossen, wobei die vom Staat ausgeglichenen Verluste des *Crédit Lyonnais* (über 100 Mrd. Francs) öffentliches Eigentum in diesem Bereich wohl längerfristig diskreditiert haben. Ansonsten handelt es sich um Betriebe, die in der Regel derzeit nur niedrige Gewinne erwirtschaften. Eine Privatisierung im Schnellgang ist daher unmöglich. Entsprechendes gilt für die französische Bahn, obwohl hier aufgrund von Liberalisierungsvorgaben auf EU-Ebene interessante Entwicklungen zu erwarten sind. Entsprechendes gilt auch für die Post, wobei Frankreich auf europäischer Ebene in diesen Bereichen wie auch auf dem Elektrizitätssektor zu den »Bremsern« des Liberalisierungsprozesses gehört (vgl. Uterwedde 1999: 222f.).

Im Herbst 1999 wurde die Regierung – anscheinend recht unvorbereitet – mit einem Aspekt des »neuen« Kapitalismus konfrontiert, der ihr einiges Kopfzerbrechen bereiten sollte. Der Reifenhersteller Michelin führte eine Variante des von Renault im belgischen Vilvoorde inszenierten Stücks »erfolgreiches Unternehmen schließt Produktionsstätte« auf – diesmal aber im »eigenen« Land. Zwar wurde keine Betriebsstilllegung angekündigt, sondern »nur« der Abbau von 7 500 Arbeitsplätzen – gleichzeitig wurde aber mitgeteilt, daß die Gewinne steil angestiegen sind. Breite Teile der Öffentlichkeit reagierten – wie auch beim Bekanntwerden der aufgrund von »stock options« enorm gestiegen Einkommen von Topmanagern – empört, und die Regierung, deren Chef zunächst zu verstehen gab, daß dies kein Politikum sei, sah sich angesichts dieser Reaktion veranlaßt, ein Gesetz über die Regulierung anzukündigen. Der Entwurf liegt mittlerweile vor, beschränkt sich aber im wesentlichen auf eine verbesserte Information der Beschäftigten bei Übernahmen. Die nach den Ankündigungen von vielen erwartete (Re)-Regulierung des Arbeitsrechts blieb aus – eine Parallele zu der angekündigten Sondersteuer für Firmen mit einem übermäßig hohen Anteil von Beschäftigten mit Zeitverträgen oder Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen, die nie eingeführt wurde. Innerhalb weniger Monate wurde aus der geplanten Steuer eine an die Sozialpartner gerichtete Aufforderung, Verhandlungen über eine Lösung aufzunehmen (vgl. Desportes/Mauduit 1999: 71f.).

Im Bereich der *Sozialpolitik* verfolgt die Linksregierung das (nicht nur) aus deutscher Sicht vielleicht aufsehenerregendste Projekt: die Einführung der 35-Stunden-Woche per Gesetz. Damit wurde die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Anfang der achtziger Jahre bei 39 Wochenstunden stecken geblieben war, wieder aufgegriffen. Vorhergegangen waren ein vergeblicher Kampf gegen immer weiter steigende Arbeitslosenzahlen durch verschiedene Regierungen und mehrere staatliche Regelungen, als deren letzte das Gesetz »de Robien« recht erfolgreich war. Anders als in diesem Gesetz beschränkte sich die Linksregierung nicht darauf, Anreize für die Verkürzung der Arbeitszeit vorzusehen, sondern erließ zwei Gesetze (»Aubry I« und »Aubry II«), die einen Übergang zur 35-Stunden-Woche zwingend vorschrieben. In »Aubry I« (13. Juni 1998) wurde die Zielsetzung vorgegeben, die 35-Stunden-Woche in zwei Schritten generell einzuführen, und zwar ab dem 1. Januar 2000 für Betriebe mit mehr als zwanzig Beschäftigten und ab dem 1. Januar 2002 für die übrigen. Für eine schnellere Einführung der Arbeitszeitverkürzung auf dem Verhandlungsweg wurden Anreize vor allem in Form niedrigerer Sozialabgaben vorgesehen. Ende 1999 waren etwa 2,7 Millionen Beschäftigte in den Genuß dieser kürzeren Arbeitszeit gekommen. Für gut die Hälfte von ihnen gab es staatliche Mittel¹¹. »Aubry II« enthält die Regelungen für die Sektoren und Betriebe, in denen bislang keine Regelung vereinbart wurde. Auch dieses Gesetz sieht finanzielle Anreize vor. Der Schwerpunkt liegt weiter auf niedrigeren Sozialabgaben; allerdings ist diesmal eine deutliche Staffelung der staatlichen Zahlungen vorgesehen, die die Niedriglohngruppen begünstigt. Andere Bestimmungen betreffen die Definition der Arbeitszeit – bei der insbesondere die Möglichkeit

11 Vgl. Gubian 2000, passim – diese Darstellung dient als Grundlage für diesen Abschnitt. Weitere aktuelle Informationen auf der Website des Ministeriums (auch deutsch: www.35h.travail.gouv.fr).

geboten wird, sie auf größere Zeiträume (Monat, Jahr) umzurechnen –, die Bewertung der Überstunden, die Garantie eines monatlichen Mindestlohns unabhängig von der im jeweiligen Monat effektiv gearbeiteten Zeit und die (höheren) Angestellten.

Es ist selbstverständlich noch zu früh für eine Bewertung der Maßnahmen und ihrer tatsächlichen Umsetzung. Derzeit sieht es so aus, als ob die Unternehmen trotz aller Proteste und Argumente gegen diese »archaische« staatliche Regelung einen Weg finden würden beziehungsweise gefunden hätten, mit dieser Regelung gut zu leben, wobei die Möglichkeit der Umrechnung auf längere Zeiträume intensiv genutzt wird, um längere Lauf- beziehungsweise Öffnungszeiten einzuführen. Es könnte also sein, daß die Regelung dazu beiträgt, einen Teil der bisher vor allem mit Zeitverträgen erreichten Flexibilität innerbetrieblich zu verwirklichen. Dies würde dann zu einem Anstieg der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse führen, vor allem wohl in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Der insgesamt erzielte Beschäftigungseffekt ist natürlich strittig; die Schaffung von 100 000 bis 150 000 Arbeitsplätzen scheint aber plausibel (vgl. Clerc 2000).

Einen anderen Aspekt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bildet die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche. Die umfassendste Initiative war die Schaffung von »Jugendarbeitsplätzen« (*emplois jeunes*) aufgrund eines Gesetzes vom 16. Oktober 1997. Die Jugendarbeitslosigkeit lag seit 1994 über 25 Prozent¹² – obwohl inzwischen nicht weniger als die Hälfte der Altersgruppe zwischen 16 und 25 Jahren eine (Hoch)Schulbildung absolviert. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Altersgruppe von der 1988 eingeführten Existenzgeldregelung (*RMI: revenu minimum d'insertion*) ausgeschlossen ist. Es gab also allen Grund für Maßnahmen.

Die Regierung verabschiedete denn auch im Oktober 1997 ein Sonderprogramm, »mit dem im öffentlichen Bereich und bei gemeinnützigen Verbänden und Institutionen in den nächsten fünf Jahren stufenweise 350 000 Arbeitsplätze für Jugendliche neu geschaffen werden sollen« (Neumann 1998: 6). Die Innovation dieses Sonderprogramms besteht vor allem darin, daß es auf bisher nicht befriedigte soziale Bedürfnisse abstellt und versucht, »Beschäftigungsfelder zu schaffen, die nicht die bekannten Nachteile des zweiten oder dritten Arbeitsmarkts – wie Dauerabhängigkeit von staatlicher Förderung, Verschiebung von Problemgruppen in Warteschleifen usw. – aufweisen« (Neumann 1998: 8). Ob dieser Versuch aber gelingt, wird sich erst nach Ablauf des Fünfjahreszeitraums sagen lassen, in dem eine Finanzierung durch das Programm möglich ist. Vorerst ist lediglich deutlich, daß das Programm angenommen wurde und die Jugendarbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist.

Wie bereits erwähnt, wurde mit dem Amtsantritt von Premier *Jospin* ein Zeichen für eine deutliche »Feminisierung« der französischen Politik gesetzt, die sich bislang im internationalen Vergleich unter anderem durch einen äußerst niedrigen Anteil weiblicher Abgeordneter (unter zehn Prozent in der Nationalversammlung – vgl. Christadler/Uterwedde 1999: 630) auszeichnete. Die Regierung hat es aber nicht bei der Hoffnung auf die Beispielwirkung belassen und ein Gesetz verabschiedet, das die Parteien seit dem 6. Juni 2000 zur

12 Vgl. Neumann 1998: 3f. – diese Veröffentlichung bietet einen guten Überblick über frühere Maßnahmen, die Lage bei Antritt der Regierung und das Sonderprogramm.

Quotierung verpflichtet. Ein Frauenanteil von mindestens 40 Prozent (die möglichen Verzerrungen aufgrund der Listenplätze wurden auf zehn Prozent beschränkt) ist für die Zukunft gesichert. Interessanterweise wurde dieses Gesetz fast einstimmig angenommen – nur eine Abgeordnete einer Mitte-Rechts-Partei stimmte dagegen.

Damit ergab sich in bezug auf das Abstimmungsergebnis eine exakte Wiederholung des Ablaufs bei der anderen »großen« gesellschaftspolitischen Reform dieser Legislaturperiode. Dabei handelt es sich um den »PACS« (*Pacte civil de solidarité*), mit dem nicht-eheliche Lebensgemeinschaften einen eigenständigen rechtlichen Status erhalten und eine Gütergemeinschaft begründen. Diese Reform war zunächst äußerst umstritten. Die erste Abstimmung in der Nationalversammlung scheiterte sogar daran, daß zahlreiche Abgeordnete der Linken, die den PACS immerhin vorgeschlagen hatte, kalte Füße bekamen und nicht erschienen. Im zweiten Durchgang wurde das Gesetz dann – bei einer Gegenstimme – beschlossen. Dem PACS war ein durchschlagender Erfolg beschieden. »Die Zahl von Pacs-Verträgen, mit denen das Justizministerium gerechnet hatte (10 000 im Jahr), war in kürzester Zeit übertroffen. Nach drei Monaten hatten schon 27.944 Paare einen Pacs geschlossen« (Hénard 2000)¹³.

In Frankreich wurde traditionell das Krankheitsrisiko über eine Versicherung der Erwerbstätigen abgedeckt. Mit den zahlreichen Arbeitslosen, die keine Leistungen bezogen, und der – oft mit Armut gekoppelten – Vielzahl neuer Lebensformen gab es immer mehr Personen, die faktisch keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen konnten. Diesem Zustand hat die Regierung durch die Einführung der allgemeinen medizinischen Abdeckung (CMU: *couverture médicale universelle*) ein Ende gemacht. Seit dem 1. Januar 2000 können alle Personen ab einem Alter von 16 Jahren, deren Einkünfte unter 3 500 FF im Monat liegen, aufgrund dieser Reform medizinische Leistungen in Anspruch nehmen, ohne die ansonsten übliche Selbstbeteiligung tragen zu müssen.

Im Bereich der *Außenpolitik* blieben nennenswerte Initiativen aus. Dennoch soll kurz auf einen hierzu gehörenden Aspekt eingegangen werden. Die Europapolitik stellte nämlich einen potentiell gefährlichen Stolperstein für die Regierungskoalition dar. Vor allem die Kommunisten nehmen – zumindest, was die programmatischen Äußerungen angeht – eine Position ein, die sich von der der Sozialdemokraten und erst recht von der tatsächlich geführten Politik (vgl. Bensaïd 1998: 18) deutlich unterscheidet. Bis jetzt blieben ernsthafte Auseinandersetzungen über ihre Ausgestaltung jedoch aus, nicht zuletzt deshalb, weil es sich nicht um eine Regierungskoalition im eigentlichen Sinn handelt. Abweichendes Abstimmungsverhalten in nicht in der Regierungsvereinbarung geregelten Bereichen – hierzu gehört die Europapolitik – wird toleriert. In der Praxis kommt es in diesen Fällen zu einer »Koalition der Mitte«, in der sich Sozialdemokraten und Mitte-Rechts-Parteien zusammenfinden.

Von seiten der Sozialdemokraten war insbesondere die Schaffung einer europäischen »Wirtschaftsregierung« als Gegengewicht zu den Befugnissen der Europäischen Zentralbank gefordert und darauf gedrängt worden, das »soziale Europa« vor allem durch die Schaffung

13 Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, daß das Wort »Paare« hier möglicherweise irreführend ist. Auch zusammenlebende Geschwister können »pacsen«.

einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik voranzubringen. In bezug auf erstere zeigte sich die erdrückende Mehrheit der sozialdemokratisch (mit)regierten Länder wenig empfänglich (vgl. Uterwedde 2000: 118f.). Was die Beschäftigungspolitik angeht, so wurden tatsächlich diesem Bereich gewidmete Gipfel zu einer festen Einrichtung – auch wenn die Ausrichtung möglicherweise nicht den ursprünglichen Intentionen entsprach.

Die französische Sozialdemokratie – vor oder nach Bad Godesberg?

Die nach dem Wahlergebnis¹⁴ größte Partei der französischen Linken wird hier – abweichend von ihrer offiziellen Bezeichnung – als »sozialdemokratisch« eingestuft. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Das Wort »sozialdemokratisch« wurde (und wird) auch innerhalb der PS von weiten Kreisen als anrühlich empfunden, und es ist kein Zufall, daß eine unlängst veröffentlichte Sammlung programmatischer Texte des Premierministers den Titel »Der moderne Sozialismus« trägt und der umfangreichste Beitrag »Der französische Sozialismus und die europäische Sozialdemokratie« überschrieben ist (Jospin 2000 – Hervorhebung RF.)¹⁵. Entsprechend führte das Schröder/Blair-Papier nicht nur wegen der darin zum Ausdruck kommenden Achse London/Berlin zu einigen Irritationen in der französischen Sozialdemokratie. Parteiintern wurde sogar vermutet, daß seine liberalen Aspekte bei den Europawahlen im Juni mehrere Prozentpunkte gekostet haben könnten – wobei umgekehrt darauf verwiesen werden konnte, daß die »orthodoxere« Politik à la Jospin im Gegensatz zu der von Blair und Schröder von den Wählern bei den Europawahlen keinen Denkkzettel erhielt.¹⁶ Nun sind aber Sprachregelungen eine Sache und die tatsächliche Politik oft eine andere – und die nichtkommunistische französische Linke ist in dieser Hinsicht von jeher besonders hervorgetreten. Im Dezember 1991 schließlich gab sich die Partei auf einem Sonderparteitag ein neues Programm, in dem sie auch offiziell vom Bruch mit dem Kapitalismus als Zielvorstellung Abstand nahm. Insofern dürfte es zumindest für eine deutschsprachige Publikation irreführend sein, von einer »sozialistischen« Partei zu sprechen.

Dafür sprechen auch die Ergebnisse jüngerer Untersuchungen zu den Wählern beziehungsweise den Mitgliedern. Das Bild, das sie zeichnen, ist das einer Partei mit gut verdienenden, sozial abgesicherten und über ein großes Bildungskapital verfügenden Mitgliedern, die sich je zur Hälfte der Linken beziehungsweise der linken Mitte zu rechnen; zwei Drittel sind älter als 50 Jahre (vgl. Subileau 1999)¹⁷.

Interessant ist schließlich, daß das eng mit der Person von Lionel Jospin verbundene integrale Image der Sozialdemokraten die bisherigen Skandale weitgehend unbeschadet überstanden zu haben scheint. Die Partei befand sich diesbezüglich Anfang der neunziger Jahre an einem Tiefpunkt. Heute wird die gerichtliche Verfolgung des früheren Außenministers Roland Dumas anscheinend als Altlast abgebucht. Die Verurteilung des engen Jospin-Beraters Jean-Christophe Cambadélis wegen seiner Beteiligung an unlauteren Finanzgeschäften einer parteinahen Studentenorganisation und der – ebenfalls damit zusammenhängende – Rücktritt des mit Lionel Jospin befreundeten Wirtschafts- und Finanzministers Dominique Strauss-

14 Was die Mitgliederzahl angeht, ist die FKP weiterhin die Nummer eins, auch wenn die Sozialdemokraten möglicherweise einen Teil der in den neunziger Jahren erlittenen Verluste (1989: 204 000 Mitglieder; 1997: 112 000) inzwischen wieder ausgleichen konnten (vgl. Stephan 2000: 164, die in bezug auf frühere Entwicklungen auf eine klientelistische Motivation verweist).

15 Diese Argumentationsfigur hatte auch schon Jospin – seinerzeit noch oft wegen seiner sozialdemokratischen Neigungen angegriffener – Vorgänger Michel Rocard benutzt (vgl. Rocard 1991).

16 PS (F): 22 Prozent (1994: 14,5), Labour (UK): 28 Prozent (1994: 42,7), SPD: 30,7 Prozent (1994: 32,2).

17 Die Wählerschaft scheint sich eher der linken Mitte zuzurechnen (vgl. Mossuz-Lavau 1998: 123f.).

Kahn (»DSK«), scheinen keine Flecken auf der weißen Weste der Partei beziehungsweise des Premiers zu hinterlassen.¹⁸ Im Sommer 2000 kam es jedoch im Zusammenhang mit den Protesten gegen die steigenden Öl- und Benzinpreise zu einem deutlichen Rückgang seiner Popularität. Auch die kurz danach bekannt gewordene Tatsache, daß »DSK« eine strafrechtlich relevante Videokassette in seinem Besitz hatte, ohne sie der Justiz zu übergeben, dürfte trotz der umgehend eingeleiteten Distanzierung der sozialdemokratischen Spitzenpolitiker von ihrem Parteifreund, der noch vor kurzer Zeit in einer Veröffentlichung der parteinahen Jean-Jaurès-Stiftung Überlegungen zum »Sozialismus der Zukunft« vorgestellt hatte, ohne dabei seine gut honorierten und auch anderweitig verschwiegenen Beraterverträge zu erwähnen, einen schalen Nachgeschmack in bezug auf die von *Jospin* verkörperte ethisch einwandfreie Sozialdemokratie hinterlassen ...

Die »mutierten« Kommunisten – nur Gartenzwerge Jospins?

Die französischen Kommunisten nehmen seit 1997 als einer von vielen Juniorpartnern an der Regierung teil. Der Zahl und Bedeutung der besetzten Ministerposten nach sind sie jedoch eindeutig die Nummer zwei hinter den Sozialdemokraten, die die FKP für eine linke Mehrheit brauchen. Damit stellt sich die – vor dem Hintergrund der durch harte und langjährige Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekennzeichneten Vorgeschichte des Regierungsbündnisses (vgl. Feld 1998: Kap. 2 und 5) – äußerst legitime Frage nach den Gründen ihrer Regierungsteilnahme und ihren Ergebnissen. In bezug auf die Gründe wird vor allem angeführt, daß es der Partei nicht möglich war, sich einer Alternative zur Politik der Rechten zu verweigern¹⁹. Zum anderen sei es wichtig, Positionen zu besetzen, die für eine linke Politik genutzt werden könnten. Ein Blick auf die Entwicklung im Ressort des kommunistischen Ministers *Jean-Claude Gayssot* gibt Aufschluß über den Handlungsspielraum.

Die Kommunisten befinden sich seit mehreren Jahren in einem Prozeß des Umbruchs. Dessen Beginn kann in etwa auf den Rücktritt des langjährigen Generalsekretärs *Georges Marchais* und das Jahr 1994 datiert werden. Unter seinem Nachfolger *Robert Hue* trat die Partei in eine Phase der »Mutation« ein, die ihren vorläufigen Höhepunkt auf dem 30. Parteitag erreichte, der im März 2000 in Martigues stattgefunden hat.

Der Name der Partei wurde beibehalten; ansonsten hat sich vieles geändert. Die Partei versucht sich an einem Balanceakt zwischen Regierungsbeteiligung, Festhalten am transformatorischen Anspruch und interner Neuorientierung, dessen Gelingen alles andere als selbstverständlich ist. Selbst wenn es gelingt, das kommunistische Schiff zwischen der Scylla der Sozialdemokratie und der Charybdis des Trotzismus hindurchzusteuern, ist wegen der unterschiedlichen Auffassungen der Besatzung noch keineswegs ausgemacht, ob es seine Reise fortsetzen kann.

Zunächst jedoch nimmt die FKP an der Regierungsarbeit teil und verfolgt damit das Ziel, politische Kräfteverhältnisse herzustellen, die eine Veränderung der Gesellschaft und ihre Befreiung vom

18 Bei einer Umfrage zur Bilanz *Jospins* drei Jahre nach seinem Amtsantritt urteilten 72 Prozent der Befragten, daß die Bezeichnung »ehrlich« »recht gut« auf *Jospin* paßt (1997: 75 Prozent). Die größte Abweichung ergab sich bei der Zunahme (von 34 auf 46 Prozent) derjenigen, die ihn für »zu autoritär« halten (IFOP 2000).

19 Ähnlich argumentieren auch trotzkistische Autoren: »Niemand, der sich für links hält, kann sich ein Scheitern der heutigen Mehrheit wünschen« (Bensaïd 1998: 16).

20 In dem vom Parteitag mit 80,3 Prozent der Stimmen angenommenen Text (30. Parteitag, Text 5: Die strategische Orientierung der Kommunistischen Partei), der hier und im folgenden wiedergegeben wird, ist dies die einzige Erwähnung des Worts »Kapitalismus«, von dem Adjektiv in »kapitalistische Globalisierung« einmal abgesehen.

21 Von dort stammt auch die für die Überschrift genutzte Charakterisierung des Generalsekretärs als »Jospins Gartenzwerg« (Amar 1999: 244).

22 Schwachpunkt dieser Studie ist die geringe Zahl der Antworten, unter der vermutlich die Repräsentativität gelitten hat.

23 Das gilt auch für die jüngste Vergangenheit. Die FKP bezifferte vor 20 Jahren ihre Mitgliedschaft auf etwa 700 000, Ende 1996 auf 270 000, Ende 1998 auf 210 000 und im Sommer 2000 auf 187 000 (vgl. Platone/Ranger 2000; L'Humanité vom 19. Juli 2000).

24 Die Mitgliederzahl hat sich bislang immer im vierstelligen Bereich bewegt (vgl. Hangen 2000: 259).

Kapitalismus²⁰ ermöglichen. Als Mittel hierzu werden angegeben: die Verknüpfung der »Arbeit in der Mehrheit, in der Regierung, im Parlament und allen Machtknoten mit der Aktivität in den gesellschaftlichen Bewegungen« (L'Humanité vom 27. März 2000). Die Arbeit in der Regierung soll dieser ein ausgeprägteres linkes Profil geben. Die – im ursprünglichen Text enthaltene – ausdrückliche Ablehnung des sozialdemokratischen Ziels der Verwaltung und kosmetischen Korrektur des Kapitalismus wurde durch folgende Formulierung ersetzt: »Wir weigern uns, die kapitalistische Globalisierung als unüber-schreitbaren Horizont der Menschheit anzusehen und ihre Exzesse geringfügig zu regulieren« (L'Humanité, vom 27. März 2000).

Was die außerparlamentarischen Aktivitäten angeht, so wird insbesondere auf die Demonstration vom 16. Oktober 1999 verwiesen. Die FKP hatte damals die – politisch heikle – Initiative zu einer Demonstration gegen soziale Ungerechtigkeit ergriffen, die sich nicht gegen die Regierung richten sollte. Es gelang ihr, ein breites Spektrum an politischen und gesellschaftlichen Kräften für die Teilnahme zu gewinnen und mehrere Zehntausend Menschen auf die Straße zu bringen. Diese Demonstration blieb allerdings ein einmaliges Ereignis; die Gespräche über eine Fortsetzung der Initiative verliefen im Sande.

Hierzu mag beigetragen haben, daß die – vor allem – trozkistischen (vgl. Pingaud 2000: 120ff.) Kräfte auf der Linken, die jahrelang nur ein Schattendasein gefristet hatten, sich in der letzten Zeit zunehmender Popularität erfreuen können und bei den Europawahlen des Jahres 1999 erstmals Abgeordnete in das Europaparlament schicken konnten. Diese Gruppen konkurrieren mit der FKP vor allem um eine sozial schwache Wählerschaft (vgl. Pingaud 2000: 10), und dieses Konkurrenzverhältnis begünstigt eine intensive und/oder längerfristige Zusammenarbeit in keiner Weise.

Ein Problem der »Mutation« der FKP ist denn auch die durch die Mitarbeit in der Regierung geöffnete »rechte« Flanke, wie einige Formulierungen des zitierten Strategiepapiers und die Initiative zur Demonstration am 16. Oktober 1999 nahelegen. Parteiintern hat sich inzwischen eine vor allem in Nordfrankreich, eine der Hochburgen der FKP, stark vertretene »Linksopposition« herausgebildet, die die von ihr diagnostizierte »Sozialdemokratisierung« der FKP strikt ablehnt.²¹

Das Gewicht der unterschiedlichen Gruppierungen läßt sich annäherungsweise bestimmen: Bei den Gegnern des Wandels dürfte es sich um ungefähr 20 Prozent der Mitglieder handeln, während der Rest ihn zu etwa gleichen Teilen als positiv oder als nicht ausreichend ansieht (vgl. Platone/Ranger 2000: Tabelle 12)²². Interessant bei der – schrumpfenden²³ – Mitgliedschaft sind im übrigen das in den letzten zwanzig Jahren deutlich gestiegene Durchschnittsalter von jetzt 48,5 Jahren, das mit einer deutlichen Überrepräsentation in der Altersgruppe von 35 bis 64 einhergeht, der verhältnismäßig hohe Anteil von Frauen, die Konzentration in wenigen Ballungsräumen und die Verschiebung von Arbeitern zu Angestellten, die vorwiegend im Staatssektor beschäftigt sind (vgl. Platone/Ranger 2000).

Die Grünen – vom Statisten zum Protagonisten dank Dany?

Von sechsstelligen Mitgliederzahlen kann die Partei, die das kleinste Kontingent der rosa-rot-grünen Koalition stellt, nur träumen²⁴. Die

grünen Farben vertritt seit dem Regierungsantritt vor allem *Dominique Voynet* als Umweltministerin. Sie gehört zu dem Flügel der französischen Umweltbewegung, der sich Mitte der neunziger Jahre für eine Beteiligung der Partei »Die Grünen« (*Les Verts*) an einer Linksregierung entschieden hat, nachdem es lange so aussah, als würde das Selbstverständnis als »weder rechts noch links« die grünen Gruppierungen auf nationaler Ebene zu einer politischen Schattenexistenz verdammen.²⁵

Auch weiterhin ist keineswegs sicher, daß die grüne Partei ihre Existenz auf Dauer sichern kann, zumal die Regierungsbeteiligung bislang kaum sichtbare Erfolge erbracht hat. Am ehesten können diesbezüglich die Stilllegung von »Superphénix« und die Einstellung des Projekts Rhein-Rhône-Kanal ins Feld geführt werden. Einiges spricht aber dafür, daß diese Maßnahmen auf jeden Fall erfolglos wären (vgl. Sainteny 2000: 435). Ansonsten ist die umweltpolitische Bilanz der Regierung *Jospin* bislang eher als mager zu bezeichnen; nennenswerte Initiativen sind auf diesem Gebiet ausgeblieben.

Nicht zuletzt deshalb hat ein Teil der »Linken« die Partei verlassen. Dem steht gegenüber, daß ihr die auch in Frankreich nach dem Verhältniswahlrecht ausgerichtete Wahl zum Europäischen Parlament (Spitzenkandidat: *Daniel Cohn-Bendit*) einen beachtlichen Erfolg bescherte. Mit knapp zehn Prozent überflügelte sie die FKP um etwa drei Prozent. Im Anschluß an diese Wahl wurden innerhalb der Grünen, die ihre Wählerschaft mittlerweile »auf nahezu alle Schichten und Statusgruppen der französischen Gesellschaft« (Hangen 2000: 260) ausdehnen konnten, Stimmen laut, die vermuteten, daß hier die (dritte) Neugeburt der Linken stattfinde. Darüber hinaus wurden Ansprüche auf eine Vergrößerung ihres Gewichts in der Regierung angemeldet. Aber auch deren Nichterfüllung hat bisher nicht zu ernsthaften Konflikten geführt.

Die Gewerkschaften

Der Versuch einer Bestandsaufnahme im Gewerkschaftsbereich ist ein heikles Unterfangen. Ein mögliches Vorgehen besteht darin, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß angesichts eines unter zehn Prozent gesunkenen Organisationsgrads eine weitergehende Beschäftigung mit dieser »sozialen Bewegung« überflüssig ist. Dem steht gegenüber, daß die Gewerkschaften in einigen Bereichen weiterhin eine sehr viel stärkere Stellung haben und generell in der Lage sind, Aktionen zu initiieren oder zu organisieren, die sehr viel mehr Durchschlagskraft haben, als der bloße Organisationsgrad vermuten läßt. Auch der Prozentsatz der durch Tarifverträge abgedeckten Beschäftigten liegt sehr viel höher.

Sicher ist, daß auch in diesem Bereich ein Umbruch stattfindet. Lange Zeit war die französische Landschaft durch ein Nebeneinander von drei großen Dachverbänden (von »rechts« nach »links«: FO, CFDT, CGT) gekennzeichnet, das durch einen kleineren konfessionellen Dachverband (CFTC), eine Angestelltengewerkschaft (CGC) und einen Dachverband für das Bildungswesen (FEN – *Fédération de l'Education Nationale*) komplettiert wurde. In diese Situation ist im letzten Jahrzehnt sehr viel Bewegung gekommen: Die FEN ist gegenüber der 1993 aus einer Abspaltung von der FEN entstandenen

25 Dies war in gewisser Weise durchaus beabsichtigt. Die Ablehnung der Dichotomie von rechts und links wurde nämlich ergänzt durch eine Verweigerungshaltung gegenüber traditionellen politischen Strukturen und die Weigerung, die Trennung von Politik und »Leben« zu akzeptieren (vgl. Sainteny 2000: 227ff.).

FSU (*Fédération syndicale unitaire*) ins Hintertreffen geraten. Die CFDT hat – außer in »archaischen« Sektoren wie dem Speditionsgewerbe – Abstand vom Klassenkampf genommen und sich zu einer recht modernisierungsfreudigen Gewerkschaft entwickelt (vgl. Aparicio et al. 1999). Schließlich sind Gruppierungen wie SUD (*Solidarité, Unité, Démocratie*) entstanden, die sich nicht nur durch große Basisnähe, sondern auch durch die Beteiligung an sozialen Bewegungen in traditionell gewerkschaftsfernen Bereichen auszeichnen. Die im internationalen Vergleich auffälligste Entwicklung ist aber zweifellos der Mitgliederschwund, der den französischen Organisationsgrad zu einem der niedrigsten der OECD-Länder hat werden lassen. Das bedeutet unter anderem, daß die Gewerkschaften immer mehr unter Druck geraten, der finanziellen Mittel wegen in paritätischen Gremien wie der Arbeitslosenversicherung mitzuarbeiten – vermutlich einer der materiellen Gründe für den Wandel der CFDT.

Bewegung auf der Linken, Hegemonie in der Mitte

Die trotz des Konfliktpotentials weitgehend reibungslose Zusammenarbeit der Regierung wird sich in der Zeit bis zu den nächsten wichtigen Wahlen²⁶ noch an einigen Fragen bewähren müssen. Absehbar sind die folgenden Diskussionsthemen: die Ausgestaltung der – lange vor den Auseinandersetzungen um eine Kompensation der höheren Kraftstoff- und Heizölpreise – für Anfang 2001 geplanten Ökosteuer auf Energie sowie, damit zusammenhängend, die Zukunft der Atompolitik; die Gestaltung des Rentensystems (Stellenwert der privaten Altersvorsorge); die (weitere) Privatisierung von Staatsbetrieben, insbesondere im Hinblick auf die dort starke Verankerung der FKP; das Wahlrecht (Einführung von Elementen des Verhältniswahlrechts bei allen Wahlen); die Art und Weise der Nutzung der größer werdenden Haushaltsspielräume (konjunkturbedingte Mehreinnahmen, Mobilfunklizenzen).

Es ist keineswegs sicher, daß eines dieser Themen tatsächlich strittig wird, obwohl jedes einzelne für mindestens eine Komponente der Regierungsmehrheit einen großen Stellenwert haben dürfte. Sollte die Zusammenarbeit jedoch weiterhin so störungsfrei verlaufen wie bisher, ist damit zu rechnen, daß das, was als »linke Linke« (*gauche de la gauche*) bezeichnet wird, in Zukunft noch stärker hervortreten wird. Darunter fällt eine bunte Palette von Gruppen und Initiativen, die vor allem eins gemeinsam haben: Die Ähnlichkeit der Politik der derzeitigen Regierung mit der ihrer Vorgängerin geht ihnen zu weit²⁷. Der daraus entstehende Unmut kristallisierte zum einen in öffentlichen Protesten wie dem gegen die Einwanderungspolitik: Trotz entsprechender Ankündigungen etwa im Wahlprogramm der Sozialdemokraten (vgl. Bensaïd 1998: 169) wurden die unter dem RPR-Innenminister *Pasqua* 1993 erlassenen restriktiven Gesetze, die kurz vor dem Regierungsantritt der Linksregierung durch das nach dem damaligen Innenminister benannte Debré-Gesetz zur Einwanderung trotz aller Proteste verschärft worden waren, nicht vollständig zurückgenommen. Zum anderen erklärt das für viele unzulänglich ausgeprägte linke Profil der Regierung wohl das überraschend gute

26 Auf die Kommunalwahlen 2001 folgt normalerweise ein »Superwahljahr«: Die Nationalversammlung wird in der Regel alle fünf Jahre gewählt; die Präsidenten wurden für sieben Jahre gewählt. Ein Volksentscheid im September 2000 erbrachte eine große Mehrheit – allerdings bei einer Wahlbeteiligung von nur etwa 30 Prozent – für die Verkürzung der Amtszeit auf fünf Jahre.

27 Mit dieser Definition über die Abgrenzung von der Regierungspolitik ist auch eine zentrale Schwäche der »linken Linken« benannt: Ein gemeinsames Projekt – und sei es nur in Ansätzen – fehlt.

Wahlergebnis von zwei alteingesessenen trotzkistischen Formationen bei den Europawahlen im Juni 1999.

In diesem Zusammenhang ist auch auf Initiativen wie den Appell »Für die Einberufung von Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa«²⁸, der eng mit dem Namen des bekannten Soziologen *Pierre Bourdieu* verknüpft ist, zu verweisen. Weiter wären zu nennen: die Bewegung der Arbeitslosen, die ihren (vorläufigen?) Höhepunkt im Winter 1997/98 erreichte, die organisatorisch mit ihr verknüpften europäischen Märsche gegen die Arbeitslosigkeit, und der mit dem Namen *José Bové* verbundene Kampf gegen den »Fraß« (malbouffe), der seinen wichtigsten Protagonisten zu einem Emblem des Protests gegen die Welthandelsorganisation (WTO) werden ließ. Der Prozeß gegen *Bové* am 30. Juni machte die Gerichtsstadt Millau zum französischen Gegenstück von Seattle.

Weniger spektakulär, aber deshalb nicht weniger erfolgreich ist die von *Le Monde Diplomatique* ausgehende Initiative ATTAC, die auf die Wiedergewinnung gestalterischer Spielräume durch die Besteuerung von Finanztransaktionen zielt und bereits wenige Monate nach ihrer Entstehung 9000 Mitglieder, davon 130 unter den Abgeordneten der Nationalversammlung, zählte (vgl. Pingaud 2000: 94).

Neben diesen Initiativen läßt sich ein Wiederaufleben der linken Debatte feststellen, beispielsweise anhand der Vielzahl von Veröffentlichungen im Bereich der Erneuerung des Marxismus (*Jacques Texier*, *Antoine Artous*, *Jacques Bidet*) oder der Kritik des Marktabsolutismus – hier reicht die Spanne vom Publikumserfolg »Alternatives Economiques« (monatliche Auflage ca. 100 000) und dem internationalen Bestseller von *Viviane Forrester* bis hin zu schwerwichtigen Bänden wie dem von *Luc Boltanski* und *Eve Chiapello*²⁹. Ebenso symptomatisch ist aber, daß ein Titel wie *Eric Hobsbawms* »Das Jahrhundert der Extreme« so wenig in die französische geistige Landschaft paßte, daß seine französische Übersetzung erst 1999 erschien – und zwar in Belgien.

Das, was als »Einheitsdenken« (pensée unique) bezeichnet wurde, bestimmt weiterhin den Konsens der französischen Elite(n). Dieser Begriff hat in Analysen der französischen Politik und Gesellschaft in den letzten Jahren einen herausragenden Stellenwert bekommen. Er bezeichnet eine – um es in Anlehnung an *Bourdieu* auszudrücken – auch räumliche Zusammenballung von wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Kapital in einer weitgehend homogenen Gruppe: Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie Meinungsmacher, die zum großen Teil dieselben (oder sehr ähnliche) Ausbildungsstätten durchlaufen haben, dasselbe Weltbild teilen und Zugang zu denselben (Top)Jobs in Unternehmen und/oder Ministerien haben (vgl. Bock 2000: 396ff.). Weder drei Jahre Linksregierung noch die Gruppen und Initiativen der »linken Linken« haben diesen Elitenkonsens wirklich erschüttern können.

Was die Linksregierung angeht, so steht ihre Politik vermutlich durchaus im Einklang mit den Erwartungen der Mehrheit ihrer Wählerinnen und Wähler. Dabei handelt es sich im übrigen um eine Minderheit, denn »die Linke hat heute keine gesellschaftliche Mehrheit in Frankreich: 42 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bei der Parlamentswahl 1997 und 38,5 Prozent bei dieser Europawahl (1999

28 Vgl. www.raisons.org – diese Site hat ebenso wie die von ATTAC (www.attac.org) und die von Espaces Marx (www.international.org/EspMarx/Reseau) ein deutschsprachiges Angebot.

29 Eine »Leseprobe« aus diesem Werk wurde im April 2000 in den »Blättern für deutsche und internationale Politik« veröffentlicht.

30 »Bei Anwendung des Verhältniswahlrechts hätte sie (die Linke – RF.) statt 310 nur 256 Abgeordnete gehabt« (Bensaïd 1998: 14).

31 Symptomatisch ist in diesem Zusammenhang, daß sich das französische Finanzministerium genötigt sah, eine umfangreiche Studie über die Besteuerung von Kapitalbewegungen durchzuführen – die zur Erkenntnis führte, daß eine solche Steuer nicht machbar sei (vgl. Chavagneux 2000).

32 Dieser Prozentsatz liegt bei den Anhängern aller Parteien über 70 Prozent (vgl. L'Humanité vom 28. Juni 2000).

– RF.) verdeutlichen dies« (Schild 1999a: 6)³⁰. Die »linke Linke« hingegen hat zwar möglicherweise einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß der Marktabsolutismus seine Vormachtstellung zu großen Teilen eingebüßt hat – Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Alternative konnte sie aber kaum im allgemeinen Bewußtsein verankern³¹. Nach einer Umfrage vom Juni 2000 ist »Gleichheit« für nicht weniger als 69 Prozent der Befragten ein zukunftsweisender Wert. Ein exakt identischer Prozentsatz ist aber davon überzeugt, daß die Ungleichheit in Frankreich in den nächsten Jahren zunehmen wird – und das, obwohl 80 Prozent der Meinung zuneigen, daß die Ungleichheit bekämpft werden kann, wenn die Regierung das will.³²

Literatur

- Amar 1999 – C. Amar: Les nouveaux communistes. Voyage au coeur du PCF, Paris.
- Aparicio et al. 1999 – J.-C. Aparicio, M. Pernet, D. Torquéo: La CFDT au péril du libéral-syndicalisme, Paris.
- Bensaïd 1998 – D. Bensaïd: Lionel, qu'as-tu fait de notre victoire?, Paris.
- Bock 1999 – H. M. Bock: Republikanischer Elitismus und technokratische Herrschaft. Zu einigen Merkmalen der politischen Elite im gegenwärtigen Frankreich, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 383-403.
- Christadler/Uterwedde 1999 – M. Christadler, H. Uterwedde (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Opladen.
- Chavagneux 2000 – C. Chavagneux: Quand Bercy juge la taxe Tobin, in: Alternatives Économiques, N° 185 (Oktober 2000), S. 70-73.
- Clerc 2000 – D. Clerc: Les 35 heures boostent l'emploi, in: Alternatives Économiques, N° 181 (Mai 2000), S. 10-11.
- Daley 1999 – A. Daley: The Hollowing Out of French Unions. Politics and Industrial Relations After 1981, in: A. Martin, G. Ross (Hrsg.): The Brave New World of European Labor. European Trade Unions at the Millenium, New York, Oxford, pp. 167-216.
- Desportes/Mauduit 1999 – G. Desportes, L. Mauduit: La gauche imaginaire et le nouveau capitalisme, Paris.
- Feld 1998 – R. Feld: Linksunion und Kommunisten in Frankreich. 1972-1977, Köln.
- Gubian 2000 – A. Gubian: Les 35 heures et l'emploi: d'une loi Aubry à l'autre, in: La Documentation française, Regards sur l'actualité, N° 259 (März 2000), S. 3-26.
- Haby 1999 – R. Haby: La vie publique en France. Août 1998 – juillet 1999, Paris.
- Hangen 2000 – C. Hangen: Les Verts, in: Ruß 2000, S. 243-265.
- Hénard 2000 – J. Hénard: Die neue Lust an der Revolution, in: Die Zeit, Nr. 26 (21. Juni 2000).
- IFOP 2000 – Le bilan de Lionel Jospin, 3 ans après son arrivée à Matignon, in: Le Journal du Dimanche (28. Mai 2000).
- Jospin 2000 – L. Jospin: Le socialisme moderne, Paris: Les notes de la Fondation Jean-Jaurès, N° 15.
- Lasserre 1997 – R. Lasserre, J. Schild, H. Uterwedde: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Opladen.
- Mossuz-Lavau 1998 – J. Mossuz-Lavau: Que veut la gauche plurielle?, Paris.
- Neumann 1998 – W. Neumann: Neue Wege aus der Beschäftigungskrise? Frankreichs Versuch, die Jugendarbeitslosigkeit zu halbieren (Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 13), Ludwigsburg.
- Pingaud 2000 – D. Pingaud: La gauche de la gauche, Paris.
- Platoné/Ranger 2000 – F. Platone, J. Ranger: Les adhérents du Parti communiste français en 1997, in: Les cahiers du CEVIPOF, N° 27 (März 2000): www.cevipof.msh-paris.fr/publications/cahier27.htm.
- Rocard 1991 – M. Rocard: De toekomst van de sociaal-demokratie, in: De Morgen (21. November 1991).
- Ruß 2000 – S. Ruß et al. (Hrsg.): Parteien in Frankreich: Kontinuität und Wandel in der V. Republik, Opladen.
- Sainteny 2000 – G. Sainteny: L'introuvable écologisme français?, Paris.
- Schild 1999a – J. Schild: Frankreich nach den Europawahlen – Parteienlandschaft in Bewegung (Aktuelle Frankreich Analysen Nr. 14), Ludwigsburg.
- Schild 1999b – J. Schild: Parteien, Parteiensystem und politische Konfliktlinien im Wandel, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 326-347.
- Stephan 2000 – I. Stephan: Die Parti Socialiste (PS), in: Ruß 2000, S. 147-171
- Subileau 1999 – F. Subileau, C. Ysmal, H. Rey: Les adhérents socialistes en 1998, in: Les cahiers du CEVIPOF, N° 23 (Mai 1999): www.cevipof.msh-paris.fr/publications/ps.html.
- Tournier 1999 – E. Tournier: Economie et société françaises depuis 1973, Paris.
- Uterwedde 1999 – H. Uterwedde: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel, in: Christadler/Uterwedde 1999, S. 201-227.
- Uterwedde 2000 – H. Uterwedde: Linker Pragmatismus. Die Wirtschaftspolitik der französischen Sozialisten seit 1997, in: E. Hein, A. Truger (Hrsg.): Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg, S. 89-123.